

Analyse Regierungsprogramm 2017-2022 Schwerpunkt Jugend



Einleitung

In dieser kompakten Analyse des Regierungsprogramms kommentieren wir die wichtigsten jugendpolitischen Vorschläge, die enthalten sind. Bei vielen Vorschlägen bleibt abzuwarten, wie sie konkret umgesetzt bzw. in Gesetzesvorschläge umgewandelt werden, bevor wir eine tiefere Analyse vornehmen können. Die Bundesjugendvertretung (BJV) wird sich auch in den nächsten Monaten verstärkt mit den Plänen der Bundesregierung und ihren Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche auseinandersetzen.

Außerdem zeigen wir in diesem Papier auf, welche wichtigen Punkte aus Sicht der BJV im Arbeitsprogramm noch fehlen, vor allem im Hinblick auf unser Kinder- und Jugendprogramm, das wir im Zuge der Koalitionsverhandlungen an die beteiligten VerhandlerInnen geschickt haben.



Inhalt

I.	Mitbestimmung und Teilhabe	4
II.	Kinder- und Jugendrechte	7
III.	Nachhaltigkeit und Gesundheit	10
IV.	Arbeitsmarkt	12
V.	EU und Internationales	15
VI.	Bildung	17
VII.	Diversität und Integration	21
VIII.	Gender Equality	24
IX.	Netzpolitik und Digitalisierung	26
X.	Leistbares Leben	28



I. Mitbestimmung und Teilhabe

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche brauchen eine starke Stimme in Politik und Öffentlichkeit. Sie müssen ihre Lebensbedingungen aktiv mitgestalten können. Daher muss ihre Partizipation auf unterschiedlichen Ebenen gefördert und gewährleistet werden.

Wir fordern:

Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen in allen Bereichen, die sie betreffen.

Analyse

Schulische Mitbestimmung

- Die gesetzliche Verankerung von **SchülerInnenparlamenten** auf Bundes- und Landesebene (S.63) als institutionalisierte Beratungsorgane ist zu begrüßen und entspricht einer Forderung, die wir den VerhandlerInnen im Vorfeld übermittelt haben.

Betriebliche Mitbestimmung

- Die **Wahlaltersenkung von 18 auf 16 bei Betriebsratswahlen** ist als Möglichkeit, die Mitbestimmung junger Menschen zu erhöhen, positiv zu beurteilen. (S.103).
- Allerdings ist diese Senkung in Zusammenhang mit der Abschaffung der **Jugendvertrauensräte** zu sehen. Denn diese hat zur Folge, dass Jugendliche keine eigene gewählte Vertretung im Betrieb mehr haben (S.102). Denn der Jugendvertrauensrat war dazu da, ausschließlich die Interessen der jungen ArbeitnehmerInnen zu vertreten. Die BJV vertritt die Ansicht, dass Jugendliche sich selbst repräsentieren sollen. Außerdem wurde der Jugendvertrauensrat von allen Lehrlingen, auch jenen unter 16 Jahren gewählt. Somit wird den unter 16 Jährigen im Betrieb die Möglichkeit der Mitbestimmung genommen. Dieser Punkt sollte in jedem Fall auch unter Einbeziehung der ArbeitnehmerInnen-Vertretungen (wie z.B. die Gewerkschaftsjugend) erarbeitet werden.

Studentische Mitbestimmung

- Mitbestimmung für junge Menschen ist in allen Bereichen wesentlich, auch



im universitären Bereich, und muss daher „uneingeschränkt“ gewährleistet bleiben. Die BJV fordert hier sogar noch einen Ausbau der Mitbestimmung durch Studierende. So könnten sie bei der Erstellung von Curricula einbezogen werden.

- Die angekündigten Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten gegenüber der **Österreichischen HochschülerInnenschaft** (einer der Mitgliedsorganisationen der Bundesjugendvertretung) könnten den breiten Vertretungsanspruch von Studierenden einschränken und müssen daher genau beobachtet werden (S.75).

Politische Bildung

- Es ist eine **Erweiterung des Faches Geschichte und Sozialkunde durch Staatskunde und Politische Bildung** vorgesehen, was durch eine entsprechende Ergänzung der LehrerInnenausbildung gewährleistet werden soll (S.65). Wir schätzen die Aufwertung dieser Bildungsinhalte und sehen sie als wichtigen ersten Schritt an, sprechen uns aber weiterhin für Politische Bildung als eigenes Schulfach ab der 5. Schulstufe in allen Schulformen aus. Die Förderung politischer Partizipation und demokratiepolitisches Grundwissen sind unerlässlich und müssen noch stärker gefördert werden, vor allem bevor junge Menschen das erste Mal wählen dürfen.
- Zusätzlich fordern wir in diesem Zusammenhang auch einen **Ausbau von europapolitischer Bildung**.

Jugendstrategie

- Das Bekenntnis der Bundesregierung zur **Österreichischen Jugendstrategie** und ihrer Weiterentwicklung ist sehr zu begrüßen. In Zusammenhang damit steht auch der Ausbau des **Kompetenzzentrums Jugend**, sowie ministeriumsübergreifender Maßnahmen im Jugendbereich, die gefördert werden sollen (S.103). Auch diese Maßnahmen sind positiv hervorzuheben.
- Wir fordern zusätzlich **Jugendbeauftragte** in allen Ministerien (denn Jugendpolitik ist Querschnittsmaterie!) sowie die **Aufwertung der „WFA Kinder und Jugend“** (wirkungsorientierten Folgenabschätzung) zu einem wirksamen Tool, das die Einbeziehung von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsprozess vorsieht.

Medien

- Die Abhaltung einer **Medienenquete** (S.86) unter Einbeziehung verschiedener Stakeholder halten wir für sinnvoll. Dabei sollen u.a. neue Leitlinien für das ORF-Gesetz und generell über die Zukunft des Medienstandorts Österreichs gesprochen werden. Hier ist zu beachten, dass junge Menschen in die



Entwicklung einbezogen werden. Auch die BJV als Interessenvertretung junger Menschen kann hier einen wichtigen Beitrag leisten.

Ein weiterer Vorschlag der BJV zum Thema Medien betrifft die Notwendigkeit der Aufnahme und Ausbau von Jugendformaten im öffentlich-rechtlichen Fernsehen unter Einbeziehung der Bundesjugendvertretung

Jugendarbeit / Freiwilliges Engagement

- Es ist kritisch anzumerken, dass die **(außerschulische) Jugendarbeit** im gesamten Regierungsprogramm keine Erwähnung findet. Außerschulische Jugendarbeit ist ein wichtiges Handlungsfeld, zB der freiwilligen Arbeit, und leistet einen enormen gesellschaftlichen Beitrag, der entsprechend wertgeschätzt und gefördert werden sollte. Auch viele der Mitgliedsorganisationen der BJV engagieren sich in diesem Bereich und leisten wichtige Arbeit, die wir sehr unterstützen.
- Wir hoffen, dass die Bundesregierung hier in ihrer Arbeit Akzente setzen wird. Beispielsweise könnte die **Verschränkung und Verknüpfung von außerschulischer Jugendarbeit und Schule** verstärkt gefördert werden, z.B. in ganztägigen Schulformen.

Sozialpartnerschaft

- Wir bekennen uns zu **einer starken Zusammenarbeit mit den SozialpartnerInnen**. Änderungen bezüglich ihrer Aufgaben und Vertretungsaufgaben sollten nur in Abstimmung mit diesen Institutionen erfolgen.

Was fehlt

- Weiterer **Ausbau der Mitbestimmungsmöglichkeiten für junge Menschen** auf allen Ebenen (Gemeinde/Land/Bund/EU) – insbesondere Fokus auf benachteiligte Gruppen. Ausbau von Jugendgemeinderäten
- **Inflationsanpassung der Kinder- und Jugendförderung**, Absicherung der Bundesjugendvertretung und der Kinder- und Jugendarbeit
- **BenutzerInnenfreundlicher, niederschwelliger und barrierefreier Zugang für alle zu Informationen aus Politik und Verwaltung** (bspw. Open Government – d.h. Transparenz und direkter Zugang zu Politik und Verwaltung, Vermittlung in leicht verständlicher Sprache)

II. Kinder- und Jugendrechte

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche haben Rechte. Diese Rechte gilt es zu wahren und zu verstärken, in allen Lebensbereichen.

Wir fordern:

Recht auf KINDSEIN für alle Kinder, egal woher sie kommen und in welchem Umfeld sie aufwachsen!

Analyse

Jugendschutz

- Die bundesweite **Vereinheitlichung der Jugendschutzbestimmungen** (S. 17) ist seit langem ein Anliegen der BJV. Es ist zu begrüßen, dass dieses Ziel auch im Regierungsprogramm verankert ist. Wir hoffen, dass dieses Vorhaben dann auch gemeinsam mit den Ländern umgesetzt werden kann. Die BJV wird sich hier weiterhin aktiv an den Verhandlungen beteiligen.

Wehrdienst & Zivildienst

- Die **Erhöhung der Grundvergütung für Grundwehrdiener** ist zu begrüßen (S.53). Diese Erhöhung sollte auch in Bezug auf Zivildienstler angewandt werden. Die BJV spricht sich außerdem für die Angleichung der Dienstlänge des Zivildienstes an die des Grundwehndienstes aus, sowie für ausreichende Information über alle Möglichkeiten von Alternativdiensten spätestens zum Zeitpunkt der Stellung und rechtzeitige Benachrichtigung vor Ablauf der Beantragungsfrist.

Justiz

- Die vorgeschlagene „Überprüfung einer allfälligen Angleichung der **Strafdrohung für junge Erwachsene** an jene der Erwachsenen“ ist kritisch zu beobachten (S.44). Im Moment sieht die Regelung vor, dass für Personen zwischen 18 und 21 Jahren (bzw. für Personen die zur Zeit der Tat noch nicht 21 Jahre alt waren) besondere Regelungen gelten. So dürfen für jene Personen keine längeren Freiheitsstrafen als 15 Jahre verhängt werden, auch entsprechen die Mindestmaße der Freiheitsstrafen jenen von Jugendlichen. Eine Analyse dieser Regelung sollte unter Einbeziehungen möglichst vieler ExpertInnen geschehen und vor allem auch im Zusammenhang mit anderen

Maßnahmen geschehen.

- Die BJV spricht dafür aus, dass bei straffälligen Jugendlichen ein Richter zugezogen wird, der besonders für den Umgang mit jungen Menschen geschult ist. Außerdem sollen Jugendliche besonders in der Untersuchungshaft in gesonderten Jugendstrafanstalten untergebracht werden. Es braucht außerdem verstärkt Präventionsmaßnahmen und spezifische Re-Sozialisierungsmaßnahmen für junge Menschen. Auch Forschung im Bereich der Kinder- und Jugenddelinquenz sowie Forschung über sinnvolle Maßnahmen bei Jugenddelinquenz sowie Evaluierungsmodelle im Bereich der Prävention sind sinnvoll.

Finanzielle Absicherung von Kindern

- In diesem Zusammenhang bekräftigen wir unsere Forderung nach der **Einführung einer bundesweit einheitlichen universellen Kindergrundsicherung**, die soziale Sicherheit ermöglicht und Kinderarmut effektiv bekämpft. Die BJV setzt sich weiterhin für eine grundrechtsorientierte Mindestsicherung ein, die auch den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt ermöglicht. Insgesamt sollte hier besonders drauf geachtet werden, Menschen nicht in die Armut abrutschen zu lassen und vor allem auch Integration zu ermöglichen. Daher fordern wir z.B., dass die Mindestsicherung mindestens über der Armutsgefährdungsschwelle liegen sollte.
- Die geplante **Indexierung der Familienbeihilfe** auf das jeweilige Lebensunterhaltungsniveau in den einzelnen Staaten (S.102) muss vor allem unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dass das Kindeswohl an erster Stelle stehen muss. Die Verantwortung des Staates diesbezüglich und die Vermeidung von Kinderarmut muss gewährleistet werden. In letzter Konsequenz findet die BJV, dass eine solche Indexierung eine Kinderkostenstudie in den einzelnen Ländern bedürfen würde.

Extremismus und Diskriminierung

- Verstärkte Arbeit gegen Extremismus ist wichtig. Es muss hier entschiedene **Maßnahmen gegen jegliche Form des Extremismus** geben, es soll nicht nur eine Form des Extremismus bzw. eine bestimmte Gesellschaftsgruppe in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden.
- Ganz generell fordern wir die starke Auseinandersetzung mit und Bekämpfung von Diskriminierung und Extremismus in alle ihren/seinen Formen.



Was fehlt

- Die **Vollständige Umsetzung und Verankerung der UNO-Kinderrechtskonvention** in der Bundesverfassung ist uns seit Jahren ein zentrales Anliegen. Leider findet die Konvention mit keinem Wort Erwähnung im Programm. Dabei ist besonders hervorzuheben, dass Österreich in diesem Jahr einen Staatenbericht an den Kinderrechteausschuss der UNO in Genf senden wird, der sich mit der Umsetzung dieser Rechte im Österreich auseinandersetzt.
- **Einheitliche Qualitätsstandards im Kinder- und Jugendhilfebereich** sowie umfassende Verantwortung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge



III. Nachhaltigkeit und Gesundheit

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine gesunde Umwelt und ein gesundes Leben. Entscheidungen, die jetzt getroffen werden, beeinflussen ihr Leben nicht nur heute, sondern auch in Zukunft massiv.

Wir fordern:

Gesund und selbstbestimmt aufwachsen.

Analyse

Klimaschutz

- Im Kapitel zum Thema Umwelt bekennt sich die aktuelle Bundesregierung zu den **Klimaschutzverträgen** von Kyoto und Paris, dies ist auf jeden Fall zu begrüßen (S. 169).
- Ebenso positiv ist das Bekenntnis zu werten, bis 2030 vollständig auf 100% **erneuerbare Energie** umzusteigen, die auch einen vollständigen Verzicht auf Kohlekraftwerke und Atomkraft beinhaltet (S.170/171). Dies entspricht auch einer unserer Forderungen, die wir im Vorfeld an die neue Regierung gerichtet haben.

Nachhaltigkeit

- In der Einleitung zum Kapitel Umwelt finden die SDGs, die UN-Nachhaltigkeitsziele, Erwähnung. Sie sollen beachtet werden. Was hier allerdings fehlt, ist ein Bekenntnis zur **konsequenten Umsetzung der Sustainable Development Goals (SDGs)** und auch die Erstellung einer übergeordneten und ministeriumsübergreifenden SDG-Strategie unter Einbindung der Zivilgesellschaft.
- Weitere positiv hervorzuhebende Punkte aus dem Kapitel Umwelt sind beispielhaft das Bekenntnis zur **Abfallvermeidung**, die Reduktion der **Verwendung von Palmöl** und die Förderung von **Green Jobs** (siehe S.169 bis 173).
- Im Kapitel Landwirtschaft wird auf eine Stärkung der **Ernährungskompetenz** und VerbraucherInnenbildung hingewiesen, vor allem im Zusammenhang mit der LehrerInnenausbildung (S.162). In den vergangenen mehr als zwei Jahren hat die BJV im Projekt „Our World“ das Thema Nachhaltigkeit intensiv

bearbeitet, in einer Workshopreihe wurde u.a. Ernährung thematisiert insbesondere Ernährungssouveränität. In einer solchen Bildungsinitiative, die unserer Meinung nach auch in der Schule, außerschulischen Jugendarbeit und Elternbildung verankert werden könnte, sollte Ernährung in jedem Fall in einen globalen Zusammenhang gebracht werden. Die BJV hat hier einiges an Expertise erarbeitet, die wir hier gerne zur Verfügung stellen.

- Zusätzlich könnten noch andere politische Mittel verstärkt eingesetzt werden, wie eine **ökologische Steuerpolitik**, die hier wichtige Akzente setzen könnte.

Gesundheit

- Im Kapitel „Tourismus“ des Regierungsprogrammes findet sich die teilweise **Aufhebung des eigentlich bereits beschlossenen absoluten Rauchverbotes** in der Gastronomie (S.166). Die BJV spricht sich **für die Beibehaltung der 2015 beschlossenen Novelle zum Nichtraucherschutz** (Tabakgesetz) aus.
- Im Sinne der Prävention im Bereich Gesundheit findet die BJV eine Schwerpunktsetzung der Bundesregierung auf **Jugend und Bewegung** sinnvoll (S.90).

Verkehr

- Das Bekenntnis zum Erhalt und Ausbau des **öffentlichen Verkehrs** sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum (S.153) scheint uns sehr sinnvoll. Leistbare, umwelt- und gesundheitsfreundliche Mobilität ist uns ein großes Anliegen und könnte unserer Ansicht nach noch durch ein österreichweites Jugendticket und weitreichende Investitionen in Forschung und Entwicklung zur Senkung von Emissionen im Individualverkehr ergänzt werden.

Was fehlt

- **Österreichweit bedarfsgerechter Ausbau von diagnostischen und therapeutischen Angeboten** und Abschaffung der privaten Zuzahlungen bei Physio- und Ergotherapie, Logopädie, Psychotherapie sowie Kinder- und Jugendpsychiatrie
- **Zugang zu gesunder Ernährung** (bspw. gesundes Mittagessen für Kinder in allen Bildungseinrichtungen) und Bewegungsmöglichkeiten sowie Informationen für Kinder und Eltern
- **Leistbare Verhütungsmittel** für junge Menschen und flächendeckende Aufklärung und Beratung zu Sexualität und sexueller Selbstbestimmung

IV. Arbeitsmarkt

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche und deren Eltern brauchen Arbeitsplätze, die qualitativ und fair entlohnt sind und genug Zeit für das Leben abseits der Erwerbsarbeit lassen.

Wir fordern:

Jobs, die sich wirklich lohnen und die mit dem Leben junger Menschen vereinbar sind!

Analyse

Berufsorientierung

- Im Regierungsprogramm findet sich an zwei Stellen ein Bekenntnis zur **Stärkung der Berufs- bzw. Bildungsorientierung** an den Schulen. Hier soll zum Beispiel eine Stärkung in der Zusammenarbeit mit der Wirtschaft erfolgen (S.145). Auch genderspezifische Themen sollen aufgegriffen werden („Frauen stärker als bisher für die Vielfalt der Lehrberufe gewinnen“ S. 137). Diese Maßnahmen sind seitens der BJV zu begrüßen. Gendersensible Ansätze sind besonders in der Berufsorientierung wichtig und sollten auch hier umfassend (und nicht nur für Mädchen und junge Frauen, sondern auch für Buben und junge Männer) angewandt werden.
- Die BJV fordert die **Verankerung von Berufsorientierung** in mindestens der 7. und 8. Schulstufe, bei Bedarf auch in der 9., die ohne Benotung stattzufinden hat, mit PraktikerInnen durchgeführt wird und auch eine arbeitsrechtliche Aufklärung, zum Beispiel bezüglich prekärer Arbeitsverhältnisse, beinhalten sollte.

Duale Ausbildung

- Das Regierungsprogramm spricht sich deutlich für **eine Stärkung und Förderung der (betrieblichen) Lehre** aus (S.137). Dies entspricht einer Forderung der BJV, die wir im Vorfeld ausgesprochen haben, und ist zu begrüßen.

- Zusätzlich fordert die BJV regelmäßige Qualitätskontrollen (auch bei der überbetrieblichen Lehrausbildung), die Schaffung eines Fonds für Jugendbeschäftigung (Orientierung am Modell der Vorarlberger Metallindustrie) und weitere Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität der Lehrausbildung.

Ausbildungspflicht

- Es wird eine Evaluierung der **Ausbildungspflicht bis 18** und der Ausbildungsgarantie angekündigt (S.25). In diesem Zusammenhang bekräftigt die BJV ihre Unterstützung der Ausbildungspflicht. Die BJV war auch maßgeblich an der Entwicklung dieses Gesetzes beteiligt.
- Die BJV schlägt weiterhin auch die Inklusion von jungen Menschen, die sich im Asylprozess befinden, in die Ausbildungspflicht vor, um so die Integration von Anfang an zu gewährleisten.

Arbeitslosigkeit

- Im Regierungsprogramm steht, dass **der Bezug des Arbeitslosengeldes** künftig an die Dauer der bisherigen Erwerbsarbeit gekoppelt wird (S.143). Dies könnte für junge ArbeitnehmerInnen, die am Beginn ihrer Berufslaufbahn stehen, negative Auswirkungen haben. Viele junge Menschen müssen zum Beispiel in befristeten Jobs oder in prekären Arbeitsverhältnissen arbeiten, um sich ihren Lebensunterhalt zu sichern. Es ist wichtig, dass die Regierung hier auch Schritte setzt um diese mögliche doppelte Benachteiligung zu vermeiden und jungen Menschen Sicherheit zu bieten.
- Bezüglich der Integration der Notstandshilfe ins Arbeitslosengeld NEU muss ebenfalls darauf geachtet werden, dass es zu keiner beeinträchtigenden Benachteiligung junger Menschen kommt. Ein Beispiel hierfür wäre, dass erwerbstätige Kinder nicht für zwangsweise für ihre im selben Haushalt wohnhaften Eltern aufkommen müssen.

Arbeitszeit

- Grundsätzlich spricht sich die BJV für **die Flexibilisierung der Arbeitszeiten** aus (S.138 und 139), allerdings sollte diese in erster Linie dazu dienen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Ausbildung beispielsweise oder unterschiedlicher Lebenssituationen zu stärken. Hier muss gewährleistet werden, dass sowohl die Interessen der ArbeitgeberInnen als auch der ArbeitnehmerInnen gewahrt werden.



Was fehlt

- **Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen** inklusive unbezahlter Praktika und Bekämpfung der Aushöhlung arbeitsrechtlicher Schutzstandards, bspw. Scheinselbständigkeit. Dies betrifft vor allem junge Menschen und kann mitunter massive Auswirkungen auf spätere Pensionen haben.
- **Förderung des JungunternehmerInnentums**, bspw. durch schulische und außerschulische Angebote der „Entrepreneurship Education“ sowie jugendspezifische Beratungs- und Coachingangebote; Abbau von Hürden bei freiwillig gewählter Selbständigkeit
- **Verstärkte Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit**, wie flächendeckende AMS-Stellen für Jugendliche, geschlechter- und diversitätssensible Berufs- und (Aus-)bildungsorientierung
- Die BJV fordert außerdem die **Arbeitszeitverkürzung** beispielsweise durch Zugang für alle zur sechsten Urlaubswoche.



V. EU und Internationales

Wichtig für die BJV:

Das Leben von Kindern und Jugendlichen wird von globalen Zusammenhängen beeinflusst. Entscheidungen dürfen nicht kurzfristig getroffen werden, sondern müssen in einen europäischen und internationalen Kontext gesetzt werden.

Wir fordern:

Bekenntnis zu einem gemeinsamen Europa und globaler Verantwortung.

Analyse

- Das **Bekenntnis der Bundesregierung zu Europa**, der gemeinsamen Währung und der europäischen Zukunft sowie der Fokus auf den Vorsitz Österreichs im Rat der Europäischen Union sind positiv hervorstreichend (S.22).
- Die BJV setzt sich stark mit Prozessen auseinander, die Verbindung zwischen Europa und Jugendlichen herstellen, wie zum Beispiel **dem Strukturierten Dialog**. Er ist ein Werkzeug, mit dem echte Mitbestimmung junger Menschen in Europa garantiert werden soll, der aber auch konkrete Ergebnisse auf lokaler, regionaler, nationaler Ebene hat und haben kann. Auch ist die BJV stark in der Entwicklung einer neuen **EU-Jugendstrategie** involviert, die während der EU-Ratspräsidentschaft Österreichs beschlossen werden soll.
- Insgesamt wird **das Thema Jugend und Jugendpolitik auf europäischer Ebene kaum berührt**. Wir hoffen, dass jugendpolitische Arbeit auf europäischer Ebene in der tatsächlichen Arbeit der Regierung aber dennoch Niederschlag finden wird.

Was fehlt

- **Jugendpartizipation auf allen europäischen und internationalen Ebenen**, Weiterentwicklung des EU-weit etablierten Instruments des **Strukturierten Dialogs**: In Österreich sollen die Ergebnisse dieses Beteiligungsprozesses verbindlich bearbeitet und umgesetzt werden.

- **Weiterentwicklung der EU-Jugendstrategie:**
Die neue EU-Jugendstrategie, die unter Österreichs EU-Ratspräsidentschaft 2018 beschlossen wird, soll sich an konkreten, spezifischen und messbaren Zielen orientieren (Youth Goals for Europe).
- **Internationale Mobilität** fördern, von Erasmus bis Interrail
- **Ausbau von Globalem Lernen** (Vermittlung von Wissen über weltweite Zusammenhänge und für verantwortungsvolles Handeln) sowie internationalen Austauschprojekten und Partnerschulen
- **Gesamteuropäische Initiativen und Lösungen gegen Jugendarbeitslosigkeit**



VI. Bildung

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf eine gute und zukunftssträchtige Bildung. Hier stellen sich entscheidende Weichen für ihr späteres Leben, dementsprechend wichtig ist es, hier weitsichtige Politik zu betreiben.

Wir fordern:

Schule als Ort, an dem sich junge Menschen gerne aufhalten und wo sich ihre Lebensrealitäten wiederfinden.

Generelle Anmerkungen

- Aus Sicht der BJV ist im Bereich Bildung im Auge zu behalten, dass ein **Ausgleich zwischen Bildungspflicht und dem Recht auf Bildung** (siehe UN-Kinderrechtskonvention) bestehen bleibt. Es ist wichtig, nicht nur Kinder (und ihre Eltern) in die Pflicht zu nehmen, sondern es muss klar sein, dass auch der Staat die Pflicht hat, das Recht von Kindern auf Bildung zu wahren und zu fördern.
- Außerdem finden sich relativ wenig **gendersensible und kaum diversitätsorientierte Ansätze im Bildungsbereich**. Der Bereich Gender wird ausschließlich im Zusammenhang mit Schulbüchern und Berufsorientierung genannt, sollte aber in allen Bildungsinhalten mitgedacht werden. Auch Diversität ist ein Thema, das im Schulbereich mehr Beachtung benötigt. Bildungsinhalte der Zukunft sind unserer Ansicht nach nicht nur digitale Medien, sondern auch Gender und Diversität.

Schule

- Besonders positiv hervorzuheben aus dem Bereich Schule ist der Ausbau der inhaltlichen **Modularität** (z.B. Wahlgegenstände), der die Interessen von Kindern verstärkt in den Vordergrund rückt (S.63). Generell fordert die BJV eine flexiblere Unterrichtsgestaltung (projektbezogenes und fächerübergreifendes Lernen), eine modulare Oberstufe mit Kurssystem und die Stärkung und Förderung von Potenzialen.
- Ebenso ist der **Ausbau ganztägiger Schul- und Betreuungsformen** (S.63) uneingeschränkt zu unterstützen, auch aus der Sicht der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Eltern heraus.

- In diesem Zusammenhang ist auch die **Öffnung und Nutzung der Schulgebäude** (S.63) für weitere Betreuungsformen sinnvoll. Das bietet nämlich u.a. die Möglichkeit, außerschulische Jugendarbeit in die Gestaltung ganztägiger Schulformen einzubinden.
- Bezüglich der geplanten zusätzlichen **Leistungsüberprüfungen** für Kinder, beispielsweise dem Chancen Pass, eine Überprüfung der Bildungsstandards in der 7. Schulstufe (S.62) betonen wir, dass zusätzliche Leistungsüberprüfungen zusätzlich Druck auf Kinder schon in sehr jungem Alter ausüben. Dinge, die bei dieser Entwicklung außerdem berücksichtigt werden müssen, sind die Ressourcen der LehrerInnen und die Aussagekraft solcher Überprüfung. Ganz generell setzt sich die BJV für Abkehr von der Defizitpädagogik und die verstärkte Berücksichtigung und Förderung von Potenzialen ein.
- In diesem Sinne begrüßen wir die geplanten Maßnahmen, die die **Stärkung der individuellen Talente** zum Ziel haben. Jedes Kind hat bestimmte Talente, die gefördert werden sollen und somit auch eine Abkehr weg von der Defizitpädagogik ermöglichen.
- Im Regierungsprogramm wird die Knüpfung von **familienpolitischen Geldleistungen an gewisse Bedingungen** (Schulanwesenheit, Spracherwerb etc., siehe S.102) vorgeschlagen. Der BJV ist es wichtig, dass hier kein zusätzlicher Druck auf Kinder ausgeübt wird und Sanktionen nur als ultima ratio eingesetzt werden. Ziel der Maßnahmen muss es sein, die Eltern in die Pflicht zu nehmen, z.B. durch Elternschulungen. Etwaige Kürzungen sollen alleine als Konsequenz für Fehlverhalten der Eltern angewandt werden. Außerdem sind zusätzliche SchulpsychologInnen und SchulsozialarbeiterInnen sowie andere präventive Maßnahmen essentiell.
- Die **Erleichterung von Schulschikursen und Wintersportwochen** begrüßen wir. Aus unserer Sicht sollte diese Maßnahme Kindern aus ökonomisch benachteiligten Familien auch die Teilhabe an solchen Veranstaltungen ermöglichen (S.166). Leistbare Schule für alle ist uns ein großes Anliegen. Unterrichtsmaterialien und Ausflüge müssen für alle SchülerInnen ohne finanzielle Hürden möglich sein. **Spezifische Unterstützung muss es auch für von Armut betroffene oder armutsgefährdete Kinder geben.**

Elementarbildung

- Im Bildungsbereich begrüßt die BJV, dass **der Kindergarten als Bildungsort** angesehen wird, was sich auch in der neuen Ressortverteilung niederschlägt.



PädagogInnen

- Die BJV begrüßt es, dass es in Zukunft auch (vermehrt) tertiäre **Ausbildungsangebote im Bereich Elementarpädagogik** geben soll. (S.60). Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass der Beruf der PädagogInnen – auch im elementaren Bereich – aufgewertet werden muss. PädagogInnen haben enormen Einfluss auf die Entwicklung von jungen Menschen und ihr Beitrag dazu sollte entsprechend wertgeschätzt werden.
- Aus diesem Grund stehen wir auch der vorgeschlagenen leistungs- und **ergebnisorientierte Entlohnung von PädagogInnen** kritisch gegenüber (S.61). Es bleibt abzuwarten, wie genau das zu verstehen ist. Wir halten es aber nicht für sinnvoll, den Schulerfolg von Kindern (vor allem wenn Erfolg nach wie vor so stark in Form von Schulnoten gemessen wird) und die Entlohnung von LehrerInnen direkt miteinander zu verknüpfen. Was wir allerdings unterstützen ist, dass das besondere Engagement von LehrerInnen außerhalb ihrer regulären Lehrverpflichtung auch finanziell anerkannt wird.

Universität

- Positiv hervorzuheben ist das Bestreben, den **Zugang zum Hochschulsystem ohne Matura** zu fördern (S.69) und somit eine höhere Durchlässigkeit im Bildungssystem zu ermöglichen.
- Die BJV spricht sich gegen **eine Wiedereinführung der Studiengebühren** aus. Ebenso kritisch ist eine maximale Studiendauer zu bewerten, wenn sie nicht Rücksicht auf Hintergründe und Gegebenheiten nimmt, wie zum Beispiel Berufstätigkeit von Studierenden oder Kinderbetreuungszeiten (S.69-73).
- Vorschläge, die bessere Rahmenbedingungen für **junge Forschende** (und insbesondere Frauen) schaffen sollen, sind sehr positiv zu sehen (S.74).
- Das Bekenntnis zur **Steigerung der internationalen Mobilität** ist zu begrüßen, genauere Ausformungen dieses Vorhabens fehlen noch. Die Sicherstellung der nationalen Zusatzfinanzierung zu Erasmus+ halten wir ebenfalls für wichtig (S.74).

Schule als Ort der Integration

- Die Integration von Kindern mit unzureichenden Sprachkenntnissen und die umfassende Förderung und Einbindung von Kindern mit besonderen Bedürfnissen in allen Schulstufen ist uns ein besonderes Anliegen. Aus unserer Sicht ist es sinnvoll, **Kinder möglichst schnell in den regulären Schulbetrieb einzubinden**.



- Unterricht in **separaten Klassen bzw. Brückenklassen** (S.34 und S.39) oder ähnliche Maßnahmen sollten auf ihre Verhältnismäßigkeit überprüft werden und zum Beispiel an Faktoren wie der Anzahl der SchülerInnen mit besonderen Bedürfnissen pro Klasse gemessen werden. Auch halten wir die **soziale Durchmischung** von Schulen und Klassen für ein wirksames Instrument, vor allem im urbanen Raum.
- Wir stehen für eine **inklusive Schule** und sehen Vielfalt in der Klasse als Chance, Dimensionen der Vielfalt können bspw. Sprache, Religion, körperliche und geistige Beeinträchtigung oder Kultur sein.

Was fehlt

- Ein Bekenntnis zur **Finanzierung und Ausstattung von Schulen** im Sinne eines förderliches Lern- und Lebensumfelds
- **Ausbau des Angebots an SozialarbeiterInnen**, PsychologInnen und MediatorInnen an Schulen
- **Stärkung der non-formalen Bildung** als Lernraum und Anerkennung der erworbenen Kompetenzen
- **Förderung qualitätsgesicherter Ausbildungen** für Personen, die in der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit tätig sind



VII. Diversität und Integration

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche sind keine große Einheit, sie sind unterschiedlich und einzigartig. Alle von ihnen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, körperlichen Fähigkeiten oder sonstigen Faktoren, haben die gleichen Chancen verdient.

Wir fordern:

Eine inklusive Gesellschaft und solidarisches Zusammenleben.

Begrifflichkeiten

- In der Einleitung zum Regierungsprogramm wird die **Familie als Gemeinschaft von Frau und Mann** mit gemeinsamen Kindern definiert (S.9). Die BJV bekennt sich dazu, dass es unterschiedlichste Familienformen gibt, ob es sich dabei zum Beispiel am Allerziehende handelt, Patchwork Familienmodelle oder Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen. Alle Familienmodelle, in denen Kinder gut aufwachsen können, sind unserer Ansicht nach gleich wertzuschätzen und auch als solche zu bezeichnen.
- Ebenso ist festzustellen, dass generell Diversität und Lebensmodelle, die beispielsweise nicht heteronormativ sind, im Programm wenig bis keine Beachtung finden. So werden beispielsweise homosexuelle Menschen gar nicht erwähnt. Wir halten es für ein Versäumnis, dass die Vielfalt unserer Gesellschaft hier gar nicht abgebildet ist.

Politische Partizipation

- Es wird im Regierungsprogramm darauf verwiesen, dass **die österreichische Staatsbürgerschaft die Voraussetzung für die Mitbestimmung im demokratischen System Österreichs** ist (S.40).
- Die BJV fordert allerdings, den Ausbau bestehender und Einführung neuer politischer Partizipationsmöglichkeiten für Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft. Als beispielhafte Maßnahme wäre hier die **Einführung des Wahlrechts für Menschen, die seit mindestens 10 Jahren ihren Hauptwohnsitz mit faktischem Lebensmittelpunkt in Österreich haben** und über ausreichend Deutschkenntnisse verfügen) möglich.



Integration

- Im Regierungsprogramm sind zahlreiche Vorschläge zu finden, die möglicherweise eine **Erschwerung der Lebensumstände von AsylwerberInnen und Asylberechtigten** zur Folge haben. Beispiele dafür sind „keine weiteren aufenthaltsverfestigende Maßnahmen bis zum rechtskräftigen Abschluss des Asylverfahrens“ (S.34) oder die **Reduktion von Geldleistungen** für Asylberechtigte (S.118). Besonders Zweiteres könnte enorme Auswirkungen auf Kinder haben und zu vermehrter Kinderarmut führen. Die BJV spricht sich dafür aus, dass ALLE Kinder in Österreich, auch Kinder von AsylwerberInnen, die gleichen Rechte haben. Dazu gehört auch, dass sie ein entsprechend abgesichertes Leben führen können. Das Wohl der Kinder muss hier unbedingt Priorität haben, wie auch in der UN-Kinderrechtskonvention Artikel 3 deutlich hervorgeht.
- Die Regierung plant im Zusammenhang mit AsylwerberInnen, **dass Handydaten ausgelesen werden sollen, Bargeld eingezogen wird und die ärztliche Schweigepflicht** außer Kraft gesetzt werden kann (S.34). Es muss darauf geachtet werden, dass es zu keinem unverhältnismäßigen Eingriff in die Grundrechte kommt. Anzuwenden ist hier beispielsweise die UN-KRK, besonders Artikel 16, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, dass kein Kind willkürlichen oder rechtswidrigen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, seine Wohnung oder seinen Schriftverkehr oder rechtswidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden darf.
- Im Kapitel Sport wird darauf hingewiesen, dass **Sport und Sportvereine auch als integrative Modelle dienen können**. So wird konkret darauf Bezug genommen, dass für viele Menschen mit Migrationshintergrund Sport die erste Plattform für Kontakt mit der restlichen Bevölkerung ist (S.90/91). Es sollte hier aber auch erwähnt werden, dass auch Vereine, Organisationen und lose/wenig organisierte Projekte abseits von Sport sehr wesentliche integrative Arbeit leisten. Gerade Jugendorganisationen und generell Jugendarbeit sollten hier erwähnt werden und entsprechend wertgeschätzt und gefördert werden.

Inklusion von Menschen mit Behinderung

- Die umfassende **Informationskampagne zur UNO Konvention und den Rechten von Menschen mit Behinderung** ist sehr zu begrüßen (S.121). Sensibilisierung und Vermittlung von Wissen, vor allem rechtebasierter Ansätze, sind der BJV ein großes Anliegen. Ähnliche Ansätze könnten auch für die UN-Kinderrechtskonvention angedacht werden. Dies ist besonders in Hinblick auf den Staatenbericht, der 2018 eingereicht werden muss, zu betonen.
- Grundsätzlich fordern wir den barrierefreien Zugang zu Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt, umfassende Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Was fehlt

- **Gelebte Diversität in der Schule und Abbau von Diskriminierungen** zB aufgrund von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft oder Religion (bspw. Überarbeitung von Unterrichtsmaterialien, vielfältige Sprachangebote und Schaffung von erstsprachlichem Unterrichtsangebot für SchülerInnen mit nicht-deutscher Erstsprache bei gleichzeitiger Anerkennung von Vielfalt in der Klasse als Chance)
- **Verbesserung der Situation junger Flüchtlinge**, bspw. durch Erhöhung der Betreuungsstandards, Inklusion in die Ausbildungspflicht
- **Flächendeckendes und kostenloses Angebot an Deutschkursen** zur Erlangung ausreichender Sprachkompetenz



VIII. Gender Equality

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche sollen in einer Welt aufwachsen, in der ihnen gleiche Chancen ermöglicht werden. Das bedeutet auch, dass Frauen und Männer und Buben und Mädchen vollkommen gleichberechtigt in unserer Gesellschaft leben sollen.

Wir fordern:

Gleichberechtigung im Alltag junger Frauen.

Analyse

Gewaltprävention

- Im Bereich **Gewaltschutz** begrüßt die BJV, dass Maßnahmen wie Notunterkünfte für Frauen und Kinder, Beratungsstellen und Gewaltschutzzentren ausgebaut werden sollen (S.106).
- Das Thema **Gewaltprävention besonders im Bezug auf Gewalt gegen Frauen** kommt allerdings im Regierungsprogramm zu kurz. Es wird lediglich im Zusammenhang mit Menschen mit Migrationshintergrund bzw. geflüchteten Menschen thematisiert (S.107). Aufklärung und Prävention muss aber in diesem Zusammenhang gesamtgesellschaftlich verankert werden, wie sich gerade in den letzten Monaten auch in Österreich gezeigt hat, und nicht auf eine bestimmte gesellschaftliche Gruppe beschränkt werden.

Sprache

- An zwei Stellen im Regierungsprogramm spricht sich die Bundesregierung dafür aus, dass **geschlechtergerechte Sprache** nicht auf Kosten der Verständlichkeit gehen darf (S.65 im Zusammenhang mit Schulbüchern und auf S.73 im Zusammenhang mit wissenschaftlichen Arbeiten und Mitteilungen von Universitäten). Die BJV bekennt sich zur konsequenten Verwendung geschlechtergerechter Sprache, und zwar ganz besonders in Unterrichtsmaterialien. Sprache drückt niemals nur aus, sondern schafft Wirklichkeit. Wenn Kinder von jungen Jahren an gewöhnt daran sind, geschlechtergerechte Sprache zu lesen und zu leben, werden sie diese auch nicht mehr als „mühsamer zu lesen“ oder „schwerer verständlich“ empfinden, sondern es wird für sie zum ganz normalen Alltag werden. Darum ist es eben besonders wichtig, das konsequent zu verfolgen und früh damit zu beginnen.

Gender Pay Gap

- Ein grundsätzliches Bekenntnis zur Förderung der **Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt** ist positiv hervorzuheben (S.105). Die vorgeschlagenen Maßnahmen könnten allerdings noch weitreichender sein. Die BJV zum Beispiel fordert die anonymisierte Nutzbarmachung der Lohn- und Gehaltsdaten aus der Privatwirtschaft in Anlehnung an den öffentlichen Dienst zur vollständigen Darstellung des Gender Pay Gap. Es ist vor allem zu bedenken, dass der Gender Pay Gap nicht nur momentane Auswirkungen hat, sondern sich auch langfristig auf Pensionen auswirkt.

Vereinbarkeit

- Eine Flexibilisierung der Öffnungszeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen, sowie der generelle **Ausbau qualitativvoller Kinderbetreuung** auch in den Ferien halten wir für wichtig. Wir betonen aber, dass Kinderbetreuung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie keine Themen sind, die alleine Frauen beschäftigen oder betreffen. Es wäre sinnvoll, solche Maßnahmen daher nicht nur in diesem Themenkomplex zu verankern, sondern für beide Geschlechter zu thematisieren.

Soziale Absicherung

- Die BJV begrüßt die Maßnahmen hinsichtlich des **Unterhaltsvorsuchsgesetzes**, die zur sozialen Absicherung von Alleinerziehenden beitragen. Wir fordern hier Anspruch für Kinder auch in Fällen, in denen der unterhaltspflichtige Elternteil bspw. leistungsunfähig, unbekannt oder verstorben ist.

Was fehlt:

- **Aufbrechen von Geschlechter-Stereotypen** bereits in Kindergarten und Schule, bspw. durch Überarbeitung von Bildungsmaterialien und verstärkte geschlechterspezifische Berufsorientierung (teils im Bereich Schule und Universität)
- **Gleichberechtigte Aufteilung unbezahlter Arbeit** und Schaffung eines Karenzmodells, das eine gleichberechtigte Aufteilung der Karenzzeit zwischen Müttern und Vätern fördert, Recht auf Papa-Monat
- **Ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der nächsten Bundesregierung**, Geschlechterparität soll angestrebt werden
- **Wirksame Strategien gegen sexualisierte und sexistische Bilder** und Berichterstattung in Werbung & Medien

IX. Netzpolitik und Digitalisierung

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche wachsen in einer digitalen Welt auf. Das Internet ist ein Ort des Zusammenlebens und muss dementsprechend gestaltet werden. Wir müssen gewährleisten, dass sie sich sicher, kompetent und fair in diesem Umfeld bewegen können.

Wir fordern:

Gutes Zusammenleben in einer digitalen Welt.

Medienbildung

- **Medienbildung** ist der BJV besonders in den letzten Jahren zu einem zentralen Anliegen geworden. Wir begrüßen daher die Initiative der Regierung, eine Offensive im Bildungs- und Weiterbildungsbereich zu starten, sowohl für SchülerInnen (Verankerung von digitalen Grundkompetenzen in Lehrplänen S.65) als auch für PädagogInnen. Auch eine explizite Inklusion von technischen Skills, wie Programmieren, ist positiv hervorzuheben (S.83)
- Ebenso positiv werten wir geplante Digitalisierungsmaßnahmen aus dem Bereich SchülerInnen-, LehrerInnen- und Elternschulung: Empowerment gegen Sexting, Mobbing, Pornographie (S.104). Empowerment, also Selbstermächtigung, ist ein wichtiges Werkzeug in der Bildung und Jugendarbeit, das die BJV sehr unterstützt. Ebenso wichtig ist es, nicht nur junge Menschen sondern auch deren Eltern und PädagogInnen in einzubeziehen, da hier oft mehr Wissen fehlt als bei Jugendlichen.
- Die BJV wünscht sich hier außerdem die Förderung von außerschulischen Angeboten.

Digitalisierung im öffentlichen Bereich

- Mehr **digitale Angebote aus dem öffentlichen Bereich** gebündelt auf oesterreich.gv.at sowie die Digitalisierung von Behördengängen (S.819) sind ein guter Schritt in die Richtung einer zusätzlichen Digitalisierung des öffentlichen Bereichs. Hier ist es besonders wichtig darauf zu achten, dass die Angebote möglichst niederschwellig und möglichst barrierefrei ausfallen um größtmögliche Partizipation zu gewährleisten.

Infrastruktur

- Die Fortführung des **Breitbandausbaus** ist wichtig (S.80), besonders auch im ländlichen Raum, vor allem im Hinblick auf die Teilhabe möglichst vieler Menschen, auch am digitalen Leben.

Datenschutz

- Die Einführung des „Quick Freeze“ Modells entspricht laut den ExpertInnen von epicenter.works einer **Vorratsdatenspeicherung light** (S.44). Das heißt, dass Daten auf Anordnung der Staatsanwaltschaft von Providern für spätere Beauskunftung gespeichert werden können. Die BJV spricht sich gegen die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung aus und sieht dies daher kritisch. **Keine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung**, Verschlüsselung ist Selbstschutz und darf nicht verfolgt oder untergraben werden.
- Im Regierungsprogramm ist geplant, dass die „Lücken bei der **Überwachung internetbasierter Telekommunikation** geschlossen werden“ (S.31). Dies könnte zum Beispiel auf Dienste wie *Whats App* zutreffen. Hier gilt es, genau abzuwägen und zu beobachten und mit zivilgesellschaftlichen Datenschutz-ExpertInnen zusammenzuarbeiten. Junge Menschen brauchen hier Rahmenbedingungen, sich frei und sicher im Netz bewegen zu können. In jedem Fall darf es nicht zu Massenüberwachung kommen.
- Datenschutz ist gerade bei Kindern und Jugendlichen ein sensibles Thema. Nicht nur plädieren wir dafür, dass im Rahmen von Medienbildung auch Wissen zu diesem Thema vermittelt wird, sondern, dass ihre Daten natürlich gut geschützt und sorgsam verwaltet werden. Im Programm ist vorgesehen, dass es eine digitale „durchgehende Bildungs- und **Leistungsdokumentation für jede Schülerin und jeden Schüler**“ geben soll (S.63). Hier ist zu hinterfragen, welche Dinge hier genau festgehalten werden, wer Zugriff auf diese Daten hat etc. Das Grundrecht auf Privatsphäre und Datenschutz muss gewahrt bleiben.

Hass im Netz

- Positiv hervorzuheben sind die Maßnahmen, die vor allem im Bereich Schule zur Stärkung von Zivilcourage gesetzt werden. Dies sollte auch im außerschulischen Bereich und der Jugendarbeit verstärkt gefördert werden. Außerdem ist eine konsequente Anwendung der entsprechenden Rechtsmittel notwendig. Auch ein klares Bekenntnis der Bundesregierung gegen Hass im Netz wäre ein wichtiges Mittel.

Was fehlt

- **Sicherung der Netzneutralität**, also der gleichberechtigten Übertragung von Daten im Netz



X. Leistbares Leben

Wichtig für die BJV:

Kinder und Jugendliche und ihre Eltern müssen sich ein gutes, selbstbestimmtes und gesundes Leben leisten können und auch in Zukunft finanziell abgesichert sein.

Wir fordern:

Junges Leben in Sicherheit – in Gegenwart und Zukunft.

Analyse

Wohnraum

- Im Regierungsprogramm sind umfassende Änderungen im bestehenden Mietrecht vorgesehen. Aus Sicht der BJV sollte hier ein Fokus auf leistbarem Wohnen für junge Menschen liegen, die sich oft vor allem am Beginn ihrer Berufstätigkeit mit sehr hohen Kosten für Wohnraum konfrontiert sehen.
- Im Programm wird sowohl von der **Schaffung von leistbarem Wohnraum im ländlichen Raum als auch in Städten** gesprochen, was beides positiv hervorzuheben ist (S.163/164).
- Spezifische Fördermodelle für das erste **Eigenheim** sind hier wichtig. Die angedeutete Erleichterung für Wohnraumerwerb ist dabei positiv hervorzuheben.
- Die Bundesregierung soll weiters auch gewährleisten, dass es insbesondere für junge Menschen ausreichend **leistbaren Mietwohnraum** gibt. Unter Berücksichtigung der individuellen Lebensverhältnisse. Gebührenreformen (bspw. MaklerInnenprovision für MieterInnen) könnten dahingehende Maßnahmen sein, diese fehlen allerdings im Programm.

Pensionen

- Die geplante Abschaffung der noch bestehenden **Pensionsprivilegien** ist im Sinn der BJV (S.110). Allerdings fordern wir für eine dauerhafte Absicherung des gesetzlichen Pensionssystems noch weitere Maßnahmen, wie die Beibehaltung des Umlageverfahrens, die Reduktion der staatlichen Subventionen für die zweite und dritte Säule des Pensionssystems sowie bei der privaten Pensionsvorsorge

Was fehlt

- **Durchführung einer aktuellen Kinderkostenstudie** als Basis für abgesicherten Kindesunterhalt und Kindergrundsicherung
- **Zugang zu kostenlosen Freizeit- und Sportangeboten** für Kinder und Jugendliche
- **Umsetzung einer bundesweit einheitlich geregelten, bedarfsorientierten Mindestsicherung** im Sinne einer grundrechtsorientierten Sozialleistung, die zum Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt motiviert





Kontakt und Rückfragehinweis:

Mag.^a Nicole Pesendorfer-Amon

Öffentlichkeitsarbeit

Tel.: 01/2144499-25

Mobil: 0676/880111142

presse@bjv.at

www.bjv.at